

Des Kalendermanns Weltumschau

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **232 (1953)**

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-375472>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Des Kalendermanns Weltumschau

Als der Kalendermann seine Feder weglegte, schien ihm im Bilde, zu dem sich die Ereignisse gefügt hatten, das Dunkle über Gebühr zu überwiegen. Das liegt natürlich zuerst an den Ereignissen selbst, von denen einige, leider, von den Menschen mit Blut geschrieben wurden. Aber es gibt noch einen anderen Grund für das Überwiegen der dunkleren Töne, einen weniger legitimen. In den durch Radio und Zeitungsdruck vermittelten Nachrichten, die den Grundton zum Bild der Jahreschronik lieferten, überwiegt das Dunkle, weil es sich besser dramatisieren läßt als die Berichte glücklicheren Gehaltes. Das Dramatische aber fesselt mehr, und fesseln wollen und müssen die Menschen, welche die Räder der Zeitungsmaschinen im Rollen, die Wellen des Radios im Schwingen und, nächstens ja auch in der Schweiz, die Impulse der Fernsehstationen in Spannung halten. Deshalb sind wir über das Unglück und Ungute zur Genüge unterrichtet.

Wir wollen darüber nicht vergessen, daß aber auch unsere Zeit die Menschen, vor allem uns Schweizer, viele gute Stunden erleben läßt. Ja selbst öffentlich bricht bei Festen oft ein tiefes Glücksgefühl durch. Dieses heimlichere Gefühl, das sich im Juni bei den Jubiläen von Clarus und Zug zur Feier der Zugehörigkeit zum Bund seit 600 Jahren etwa regte, erschließt sich allerdings eher der Darstellungskraft der Dichter als derjenigen der Berichterstatter und des Chronisten. Wo man diesen weit selteneren dichterischen Darstellungen begegnet, merke man auf. Sie korrigieren die Verzeichnungen der der Aktualität verhafteten Berichterstattung, von welcher sich auch der Kalendermann nicht freizumachen vermag.

Von Gibraltar zum Kap der guten Hoffnung

Die Unruhe, welche in immer heftigeren Stößen von Gibraltar bis zum Kap der guten Hoffnung ihre Wellen über den afrikanischen Kontinent wirft, rückt diesen als neuen Schwerpunkt des Weltgeschehens besonders stark ins Blickfeld. Nachdem Mosadegh, der Perser, im Oktober 1951 die Engländer aus ihrem Reich in seinem Lande vertrieben hatte, vermochte Nāḥās Pāschā, der Regierungschef Ägyptens der Versuchung nicht mehr zu widerstehen und nahm einen Anlauf, um die Briten aus der Suezkanalzone zu werfen. Er erklärte den Vertrag von 1936, der den Engländern das Recht einräumte, den Kanal zu überwachen, für ungültig und fügte, durch eine entsprechende Proklamation wenigstens symbolisch, den Sudan als neues Juwel in König Faruks Krone.

Es kam im Kanalgebiet zu spannungsgeladenen Wochen; es kam in Ismailia schließlich zu einem für die Ägypter sehr verlustreichen Feuerwechsel, sodaß der Krieg im Untergrund zur offenen Front auszuarten drohte. Und am 26. Januar kam es in Kairo zu einem Ausbruch heftiger Fremdenfeindlichkeit. Der Mob beherrschte für Stunden die Straße. Raufhaken kündeten von Brandstiftungen und Plünderungen. Auch schweizerische Geschäftsleute erlitten böse Schäden. Und über 30 Menschen, darunter auch Engländer, mußten bei der Revolte ihr Leben lassen. König Faruk fürchtete, sie

könnte in eine Revolution umschlagen; er entließ Nāḥās Pāschā und bestellte eine Regierung der festen Hand und palastfreundlicher Köpfe. Seither wird von verschiedenen Kabinetten nach einem Kompromiß mit London gesucht und Ende Juli schaltete sich durch einen Putsch auch die Armee direkt in die Politik ein. Die Staatsmacht und das Oberkommando der Armee wurden von General Naguib übernommen, dessen Ernennung zum Kriegsminister unlängst vom König verhindert worden war. Der neue Machthaber zwang den König zur Abdankung zugunsten des Thronfolgers, des erst sieben Monate alten Söhnchens Faruks. Das Volk begrüßte diesen Wechsel mit Freuden, denn es war längst bekannt, wie sehr sich der König und die Größen seiner korrupten Regierung auf Kosten und zum Schaden der Allgemeinheit bereicherten. Exkönig Faruk, in Geldgeschäften sehr routiniert, hat sich durch rechtzeitige Verschiebungen ein sorgloses Exil – man spricht von Amerika – gesichert. Inwieweit die Ereignisse in Ägypten auf Persien und die dortige Monarchie abfärben werden, wird erst die Zukunft lehren. Der Schah von Persien hat auf alle Fälle böse in die Nesseln gegriffen, als er glaubte, mit dem schlauen alten Chavām Sulthāne – der inzwischen außer Landes geflüchtet ist – den Premierminister Mossadegh in der Regierung ausstechen zu können. Das Volk, das regelrecht revoltierte und seinen Herrscher schmähte, wollte Mossadegh. Daß dabei neben den nationalistischen und religiösen Fanatikern auch die kommunistische Subheparterie die Hand im Spiele hatte, war offensichtlich. In Persien sind zweifellos Kräfte am Werk, denen auch die Regierung Mossadegh nur eine Station auf dem Wege zur russisch gelenkten Volksdemokratie bedeutet. Die zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten, die sich aus dem Versiegen der Einnahmen aus den verstaatlichten Ölfeldern ergeben, können diese Entwicklung nur begünstigen. England zögert, die Kontrolle über den Kanal und den Sudan – und damit über den Nil – aufzugeben. Soll aber der Plan zur Bildung eines Mittelostkommandos, das Amerika, England, Frankreich und die Türkei und die arabischen Länder in Abwehr gegen den kommunistischen Feind sammeln sollte, verwirklicht werden, so muß dafür ein Preis bezahlt werden. Und zwar nicht nur in Ägypten.

Der Funke des Aufruhrs sprang von Kairo auf Tunisien über, das, seit sich die Franzosen 1881 in dem Lande festsetzten, von Paris in einem Protektoratsverhältnis gehalten wird. Was in der Nachbarschaft dieses Landes geschah – am Weihnachtstag 1951 erhielt das anstoßende Libyen die Unabhängigkeit – predigt den Tunesiern das Recht auf Unabhängigkeit, predigt es den Algeriern und Marokkanern, daß es vom Felsen von Gibraltar widerhallt.

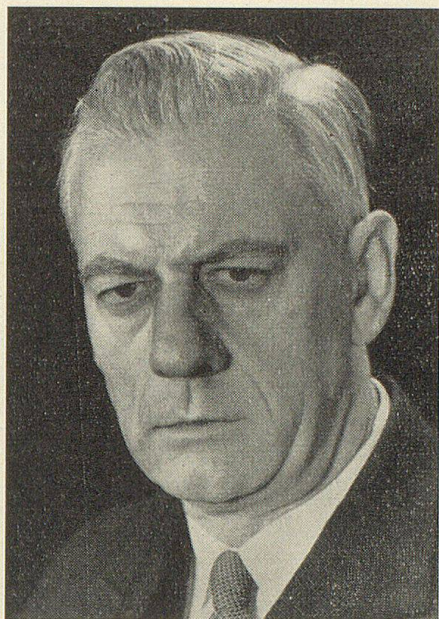
Unso beunruhigender war es, als Franco vor Ostern Artajo, seinen Außenminister, auf eine Freundschaftstour nach den arabischen Ländern aus sandte. „Die Jahrhundertealte Schicksalsgemeinschaft der Spanier und der arabischen Völker“, rief der spanische Führer den arabischen Völkern zu, „bewährt sich darin, daß diese einen

Aufstieg neuer Kraft erleben, während andere Völker in Alterschwäche dahinsiechen." Ein eigenartiger Wegspruch aus dem Munde des Sprechers jener Nation, deren Stolz es zu Zeiten gewesen ist, Europa und das Christentum vor den Mauern gerettet zu haben.

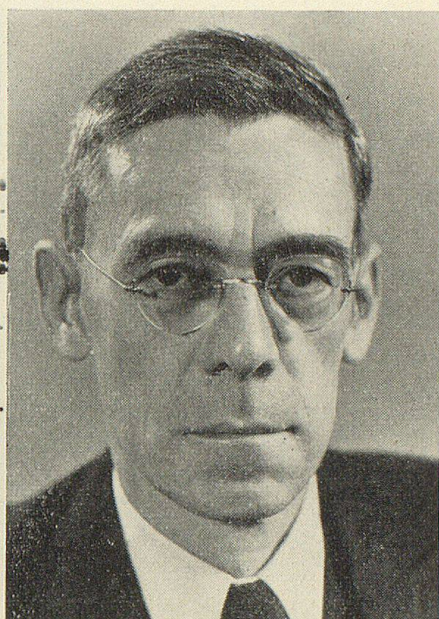
Aber nicht nur der Nordsaum des afrikanischen Kontinents wird von einer Welle der Unrast überspült. Die Politik der Rassentrennung hat Südafrika zu einem Zentrum sozialer Unruhe gemacht. Diese Politik sprengte die weiße Minderheit, aus welcher sich ebenfalls entschiedene Opposition gegen die Unterdrückung und Entrechtung der Schwarzen und Mischlinge erhob. Unmittelbar schwerwiegende Rückwirkungen zeichnen sich aber auch in London ab. Die Südafrikanische Union fordert von England, daß es ihm die Protektorate Betschuanaland, Basutoland und Swasiland, angrenzende Gebiete der Union, überlasse. Und die weißen Minderheiten Südrhodesiens, Nordrhodesiens und Niasalands, weitere Gebiete der südafrikanischen Landspitze, drängen auf einen föderativen Zusammenschluß. Dabei zeigte es sich, daß die afrikanische Bevölkerung nicht so sehr die Weißen fürchtet als die Alleinherrschaft der weißen Minderheiten ihrer Länder; die eingeborenen Kinder Afrikas ziehen deshalb, vorerst noch, die Herrschaft des britischen Kolonialamtes vor, bis dieses ihnen wie der Goldküste, Nigieren, Cambia und Sierra Leone demokratische Selbstverwaltungen zubilligt. Londons schwierigste diplomatische Aufgabe in diesen Gebieten besteht vielleicht darin, den Führern der weißen Minderheiten klar zu machen, daß sie noch stärker gefährdet seien, als sie fürchteten, nämlich so sehr, daß sie sich eine Politik der Unterdrückung der Eingeborenen nicht mehr leisten könnten und von dieser Politik lassen müßten im wohlverstandenen eigenen Interesse und demjenigen des gesamten Westens. Denn dieser muß auch von Afrika aus verteidigt werden.

Die Kette um Rußlands Machtbereich

Napoleon, der erste Geopolitiker der Neuzeit, hat die Geographie einst als die Mutter der Politik angesprochen. Eine von deren Ammen ist sie gewiß. Die Geographie zeichnet jedenfalls die Einkreisung des sowjetischen Gebietes durch die Luftwaffe der Westmächte vor. Amerikanische Bomberstützpunkte in Island, Großbritannien, Mittel- und Südfrankreich – im Krieg bestimmt auch in Norwegen und vermutlich in Spanien – bilden eine Kette, die von Europa nach Afrika hinübergeschwungen wird, wo an dessen Nordsaum eine ganze Reihe von Bomberbasen gebaut wurden. Diese afrikanischen Stützpunkte dürften dem Zugriff sowjetischer



Dr. Markus Feldmann



Dr. Max Weber

Die neuen Bundesräte

Truppen faktisch entzogen sein. Nur haben die Diplomaten dafür zu sorgen, daß die Unabhängigkeitsbewegungen dieser Gebiete nicht zu einer kaum mehr zu bändigenden innern Gefahr des Abwehrkreises werden. Karthago, haben einst die alten Römer gesagt, müsse zerstört werden, weil Rom sonst nicht frei von Furcht leben könne. Heute muß es erhalten bleiben, damit der Westen frei von Furcht arbeiten kann.

Alle Abwehrmaßnahmen des Westens sind ja Reaktionen auf die Drohung aus dem Osten, auf die Aufrüstung der bolschewistischen Welt, von der man viel ahnt und redet, über die man aber wenig zuverlässige Informationen besitzt. Atomische Donner aus Rußland kündigten im vergangenen Jahr aber davon, daß dieses Land auch über diese wirkungsvollste Waffe verfügt. Die Vereinigten Staaten verstanden es dagegen, sie bereits für den faktischen Einsatz zu entwickeln, und über amerikanischen Manöverfeldern, auf welche Soldaten kommandiert worden waren, wurden bereits die ersten Atomgewitter losgelassen. Den eigentlichen Vorsprung auf diesem Gebiet der Rüstung dürften die Vereinigten Staaten aber mit der Explosion einer Wasserstoffbombe erringen, die man auf den Herbst 1952 erwartet.

Unter dem Kennwort „Infrastruktur“ hat der Atlantikpakt im Februar in Lissabon beschlossen, unter einem Radarschirm eine Luftwaffe von 4000 Apparaten in Europa aufzubauen; sie soll die Unterlegenheit der westlichen Landstreitkräfte gegenüber den russischen wettmachen. Da England zu der Luftwaffe von 4000 Maschinen einen Drittel stellen will, steigt sein Anteil an der Verteidigung Kontinentaleuropas entscheidend.

Der Abschluß eines schwedischen Militärflugzeuges durch russische Jäger im internationalen Luftraum über der Ostsee am 16. Juli zeigte, was Rußland sich in



Die große Gallus-Feier in St. Gallen

St. Gallen stand am Gallustag 1951 im Zeichen der großen Feierlichkeiten anlässlich des 1300. Todestages des Hl. Gallus, an welcher zahlreiche kirchliche und weltliche Gäste aus dem In- und Ausland teilnahmen. Unsere Aufnahme vom Einzug der Ehrengäste in die Kathedrale zum Festgottesdienst zeigt, hinter dem Bundesweibel schreitend, links den irischen Ministerpräsidenten Eamon de Valera, rechts Bundesrat Dr. Philipp Etter.

(Photopress)

Landstrichen herauszunehmen wagt, wo es sich überlegen fühlt. Auf eine schwedische Protestnote antwortete Moskau fast höhnisch, das Flugzeug habe den russischen Luftraum verlegt.

Das System des Luftwaffennetzes um Ausland greift noch weit über „Karthago“, über Nordafrika hinaus. Am 8. September 1951 haben – ein Erfolg Achesons – 49 Staaten einen Friedensvertrag mit Japan unterzeichnet. Moskau verweigerte sein Siegel, weil der Vertrag Amerika erlaubt, die japanischen Inseln zu einem Flugzeugträger und Militärstützpunkt auszubauen.

Geographisch ähnlich gelagert wie England, führt die kürzeste Verbindungslinie vom Stillen Ozean, eben von Japan aus, zum Atlantik und den Stützpunkten auf dem englischen „Flugzeugträger“ über die Gebiete Rußlands und der „Volksdemokratien“.

Diese weltumspannende Einkreisung der bolschewistischen Welt besitzt umsomehr Bedeutung, als der Waffengang in Korea im Unentschieden hängen blieb und seit Mitte 1951 durch sogenannte Waffenstillstandsverhandlungen auf etwas seltsame Weise darin sterilisiert wird. In diesen Verhandlungen üben die Sowjets – die Westmächte können und dürfen es ihnen darin nicht gleichtun – die Künste der Lüge. Und die roten Sender begannen anfangs des Jahres 1952 mit Anschuldigungen, die Westmächte hätten bakteriologische Waffen eingesetzt und Seuchen hervorgerufen. Als, um diese bösen Anschuldigungen zu untersuchen, Dr. Paul Ruegger, der Präsident des Roten Kreuzes, um die Einreiseerlaubnis auf sowjetisches Gebiet bat, erhielt er sie nicht, so wenig wie den Rotkreuzdelegierten die Tore zu den Gefangenenerlagern auf nordkoreanischem Gebiet geöffnet wurden.

Im Juni, auf den Zeitpunkt hin, da das beklemmende Spiel der Waffenstillstandsverhandlungen in Panmunjom sich jährte, wurde die Luftwaffe der Vereinten Nationen zu schweren Angriffen gegen die Kraftwerke am Yalufluß, an der Grenze gegen die Mandchurei also, und gegen Pjongjang eingesetzt. Zunächst unter Protesten der Parlamente in London und Paris. Washington gestand England darauf die Entsendung eines militärischen Beobachters ins Hauptquartier in Tokio zu. Aber der Stabschef der amerikanischen Armee, General Collins, erklärte Mitte Juli, die Luftoffensive würde fortgesetzt werden, bis die Kommunisten in einen Waffenstillstand einwilligten, statt nur über die Einstellung des Feuers zu verhandeln, wie das bisher ihre Taktik gewesen sei.

Der atlantische Abschnitt

Das Jahr stand fast in seinem Scheitelpunkt, als General Eisenhower, der Architekt des atlantischen Abwehrsystems, durch General Ridgway, welcher MacArthur in Tokio ersetzt hatte, in Paris als oberster Kommandant der

Atlantikpaktstreitkräfte abgelöst wurde. Eisenhower wechselte auf das Wahlkampffeld in Amerika hinüber. Er hinterließ seinem Nachfolger ein bereits fest verstreutes Gerüst für den Aufbau des atlantischen Abwehrsystems.

Eine der stärksten Verstärkungen sollte die Europäische Armee werden, deren Verträge Ende Mai in Paris von den Außenministern Frankreichs, Westdeutschlands, Belgiens, Hollands, Luxemburgs und Italiens unterzeichnet wurden. Sie soll zugleich ein Instrument der Verteidigung und Einigung Europas werden. Kann sie letztere Aufgabe erfüllen? Wir Schweizer wollen nicht gar zu skeptisch sein und uns, vielleicht durch Ernst Jeuz in dessen Schweizergeschichte, daran erinnern lassen, wie die Einigung auf ein einheitliches Kaliber für die Flinten und Kanonen einst die „Integrierung“ zum schweizerischen Bundesstaat gefördert hat. Bis Ende 1952 soll das atlantische Kommando über etwa 50 Divisionen gebieten, zu denen über die Europaarmee, welche ihm unterstellt wird, westdeutsche Einheiten zum Aktivdienst der westlichen Verteidigung einrücken sollen. Die größere Zahl dieses halben hundert Divisionen müssen allerdings als Reservisten angesprochen werden. Und vieles bleibt noch Plan, Vertrag und Papier. Doch dies ist nicht allzu beunruhigend, weil Ridgway, wenn auch über zu wenige, schon über die Divisionen vieler Mächte – seit der Lissaboner Tagung des Atlantikpaktrates auch über diejenigen der Türkei und Griechenlands – gebietet. Die Russen wären wohl mächtig, die Kräfte der Atlantikpaktmächte am westeuropäischen Abschnitt zu überrennen, aber sie würden damit sofort eine Welt gegen sich mobilisieren, eine auf einen Angriff eben nicht unvorbereitete Welt obendrauf. Und dies ist ein sehr gewichtiges Argument gegen kriegerische Abenteuer.

Mit Europa vereint

Seit die Frage der Remilitarisierung Deutscher zur Diskussion stand, stimmten Moskau und Paris – unverabredet natürlich – darin überein, daß Deutsche nur in dem Fall wieder Waffen tragen dürften, daß die Trennung dieses Landes ewig werde. Am 10. März ließ Moskau diesen Grundsatz fallen und machte den Vorschlag, mit Deutschland einen Frieden zu schließen, aus welchem dieses geeint und wieder bewaffnet – wenn auch neutralisiert – hervorgehen sollte. Im ersten Schrecken klagten die Pariser Zeitungen, Moskau wolle damit nicht nur die Deutschen in Versuchung führen, sondern habe damit auch Frankreich in Tat und Wahrheit den zweiten Weltkrieg verlieren lassen; denn der Kreml verspreche den Deutschen eine neue Vormachtstellung.

Diese Wendung bildete tatsächlich den letzten massiven diplomatischen Versuch des Kremls, die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages und der Verträge zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu hintertreiben. Es gab, vor allem bei der sozialistischen Opposition, viele Westdeutsche, die der Versuchung zugänglich waren. Selbst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sprach zuerst von einer jähen Sinnesänderung Stalins, der den Deutschen einen ungeteilten Staat, Freiheit, Souveränität, Rehabilitierung der Berufssoldaten und Nationalsozialisten und eben, als besondere Überraschung, den Aufbau einer nationalen Armee verspreche. Das nähere Studium der Vorschläge und ein schleppender Notenwechsel zwischen dem Westen und Osten und über den Vorschlag entlarvte dann den Propagandacharakter dieser Versuchung. Die Westdeutschen widerstanden ihr; verbissen und zäh sicherte Adenauer im Kampf mit der Opposition und in Verhandlungen mit den hohen Kommissaren im Deutschlandvertrag der Bonner Republik ein Friedensabkommen und Souveränität. Und die Verträge zur Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft – beide am 26. und 27. Mai in Bonn von den Außenministern besiegelt – gaben die Grundlage zur Remilitarisierung. Des Bundeskanzlers These, nur ein geeintes Europa sei stark genug, Deutschlands Wiedervereinigung in Freiheit zu ertrotzen, hatte gesiegt. In dieser These liegt allerdings ein Versprechen, das dem Westen in Zukunft noch zu schaffen machen könnte. Die Sowjets schickten sich an, die Ostdeutschen als Antwort auf die Unterzeichnung der Verträge zum bewaffneten Satellitentum zu knechten, sie also solcherart büßen zu lassen, daß Westdeutschland Freiheit und Souveränität erhielt. Die Zonengrenze wurde hermetisch abgeriegelt und de facto zur Staatsgrenze gemacht, so daß die Zweiteilung Deutschlands endgültig zu werden droht. West-Berlin, die „Insel im Roten Meer“, soll aber – wie die Westmächte kategorisch erklärt haben – unter allen Umständen gehalten werden und jeder Versuch, es in den kommunistischen Machtbereich einzuschließen, mit Gewalt verhindert werden.

Unter dem Druck der Außenpolitik

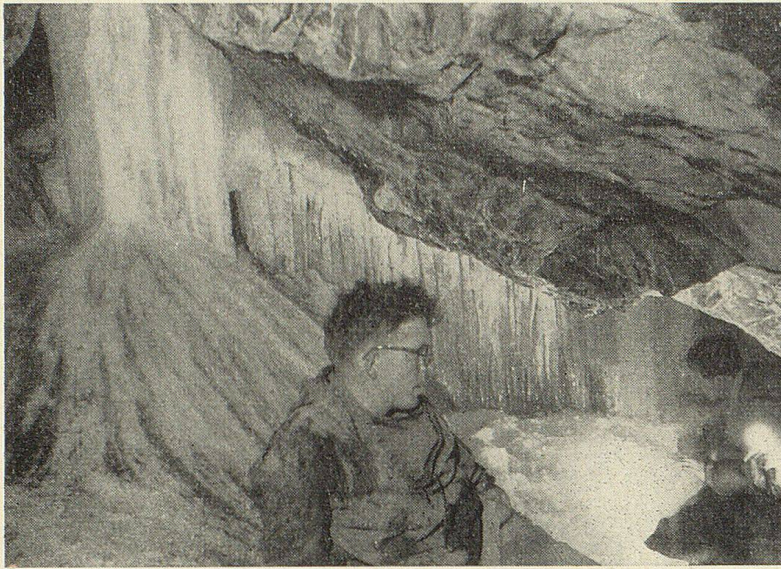
Man sollte meinen, in Zeiten gefährlicher internationaler Spannungen würde die Innenpolitik vor allem zu einem Reflex der Außenpolitik. Das scheint oft so zu sein, ist aber nicht immer so. Glücklicherweise. Demokra-

tische Völker, auch Großmächte, können ihre politischen Kräfte eben nur in der Innenpolitik in Übung halten auf eine Weise, daß jeder Bürger zum Mitwirken, also zur Mitverantwortung in Freiheit verhalten werden kann.

Als im Frühjahr Frankreichs Kapital, und zwar dasjenige der größeren und kleineren Leute, ausgerechnet in dem Augenblick einen krassen Mangel an Währungs- und Steuerpatriotismus zu zeigen begann, da die Regierung weitgehende außenpolitische Engagements eingehen wollte, kam bei einer der in solchen Augenblicken üblichen Regierungskrisen ein Mann ans Ruder, der bisher wenig beachtet wurde. Pinay eröffnete den Kampf um das Wiedererstarken des französischen Frankreichs nicht mit einem Appell an das außenpolitische Verantwortungsgesühl, sondern durch einen Feldzug gegen die hohen Preise. Er stärkte Frankreich für die neuartigen außenpolitischen Bindungen mit Deutschland und Europa mit innenpolitischen Rezepten fast hausväterischer Art und einer sauberen Budgetgesinnung. Und bei den Wahlen in den Rat der Republik im Mai erlebte er die Genugtuung, daß er verstanden wurde. Als die Kommunisten Ende Mai Stunk zu machen versuchten, ließ er Duclos, den Führer verhaften und die Parteisekretariate untersuchen. Frankreichs Übel schienen wieder einmal ihren Drachentöter gefunden zu haben.

In England war Churchill mit seiner Innenpolitik nicht so rasch so erfolgreich. Im Gegenteil. Nachdem er, auf Grund einer geringen Mehrheit, im Herbst 1951 Attlee abgelöst hatte, versuchte sein Schatzkanzler Butler, den Kurs sachte wendend, die Austerität zu einer konservativen Spielart zu machen und auch durch Abstriche auf dem Konto der Sozialausgaben das Budget auszugleichen. Die Folge war eine Schlappe bei den Grafschaftswahlen im Frühjahr und ein steigender Einfluß Bevans, des Führers der radikalen Flügels in der Labourpartei.

In Amerika, wo Präsident Truman im Frühjahr durch den Verzicht auf eine weitere Kandidatur die Schleusen des Wahlkampfes weit geöffnet hatte, verflizen sich dessen innenpolitische und außenpolitische Tendenzen immer stärker. Die Republikaner, unter sich selbst ein hartes Ringen um die Kandidaturen Taft und Eisenhower austragend, kämpften darum, die seit 1932 dauernde Herrschaft der Demokraten im Weißen Haus abzulösen. Es geht dabei hart zu. Und selbst Eisenhower geriet auf dem politischen Kampffeld so ins Feuer, daß er sich an Lincolns Wort erinnern haben mag, ein Kandidat auf die amerikanische Präsidentschaft wisse nicht, ob er sich auf dem Weg ins Weiße Haus oder ins Zuchthaus befinde. Inzwischen hat nun auch die demokratische Partei (welcher der bisherige Präsident Truman angehört) ihren Präsidentschaftskandidaten in der Person des 52-jährigen Gouverneurs von Illinois, Stevenson, bestimmt. Stevenson ist außenpolitisch ein unbeschriebenes Blatt, sodaß selbst auf demokratischer Seite viele außenpolitisch eingestellte Kreise alauben, daß Eisenhower besser den internationalen Verpflichtungen gewachsen wäre. Wer aus diesem harten innenpolitischen Ringen, das Eisenhower und nicht Taft die republikanische Präsidentschaftskandidatur eintrug, am Ziele ankommt, weiß sich zu einer recht präsidialen Regierungsweise wirklich legitimiert.



Entdeckung eines unterirdischen Gletschers bei Meiringen

Mitglieder der Schweiz. Gesellschaft für Höhlenforschung haben zusammen mit den Bergführern Glatthard, Mätzener und Ott eine seit mehreren Jahren durchgeführte Höhlenforschung im Haslital ob Meiringen fortgesetzt, die zur Entdeckung eines unterirdischen Gletschers von mehreren tausend Kubikmetern Eis geführt hat. Unser Bild zeigt die unterirdische Halle mit ihren Eiswänden.

(Photopreß)

Helvetisches Kräftemessen

Es kann wohl sein, daß der außenpolitische Druck auf die Innenpolitik in der Schweiz die Neigung zur Konzentration auf die großen Parteien fördert. Der Wahrspruch des Urnenganges zur Erneuerung des Nationalrates im Herbst 1951 verrät jedenfalls eine leichte Tendenz dazu. Der neue Nationalrat zählt, bei einer Erhöhung der Wahlzahl von 22 000 auf 24 000 Einwohner je Mandat, 196 statt wie bisher 194 Sitze. Die Freisinnigen gewannen je einen Sitz in den Kantonen Zürich und Waadt und verloren je einen Sitz in Schwyz, Freiburg und Valais. Die Sozialisten gewannen je einen Sitz in Waadt, Valais und Genf und verloren zwei Sitze in Bern. Die Katholisch-Konservativen gewannen je einen Sitz in Schwyz, Baselland, Aargau und Waadt. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei gewann je einen Sitz in Zürich und Freiburg. Die Unabhängigen gewannen zwei Sitze in Bern und einen Sitz in Baselland; sie blieben die einzigen Gewinner unter den kleinen Gruppen. Von diesen verloren die Liberal-konservativen je ein Mandat in Waadt und Genf. Die Partei der Arbeit büßte zwei Sitze im Waadtland ein, und die Demokraten gingen eines Sitzes in Baselland verlustig. Die Liberalsozialisten, die Freigelbter, verloren ihre beiden Sitze in Zürich und Baselland. Da es den Demokraten allein nicht mehr zur Fraktionsstärke reichte, gingen sie eine Fraktionssehe mit der evangelischen Volkspartei ein.

Im Parlament sprechen nun 51 Freisinnige, 49 Sozialisten, 48 Katholisch-Konservative, 23 Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, 10 Unabhängige, 5 Liberal-konservative, 5 Kommunisten, 4 De-

mokraten und ein Mann der evangelischen Volkspartei.

Dieses Bild des Beharrens wird nicht wesentlich retouchiert dadurch, daß bei den Regierungsratswahlen im Kanton Solothurn die hundertjährige Mehrheitsstellung des Freisinns gebrochen wurde.

In der Dezembersession wurde von der Vereinigten Bundesversammlung der in den Ruhestand tretende erste sozialistische Bundesrat, Ernst Nobis, durch Max Weber ersetzt, der das Finanzdepartement übernahm. Mit ihm ist Markus Feldmann aus dem Bernischen Regierungsrat in die oberste Landesbehörde gewählt worden, um Bundesrat von Steiger als Chef des Justizdepartementes zu ersetzen. Die Formen schweizerischer Regierungskunst zwingen neue Männer zuerst zur Einordnung und auferlegen auch starken Persönlichkeiten eine Erdauerung, bis sie ihre eigene Note aus dem Kollegialsystem vernehmlicher ertönen lassen dürfen. Diese Form der erschütterungsfreien Ablösung kommt unsern, heftigen politischen Klimaschwankungen abholben Sinn entgegen.

Examentage der Demokratie

Die eigentlichen Examen der eidgenössischen Politik sind die großen Abstimmungenstage, die vom Bürger eine Auseinandersetzung mit Sachfragen fordern, in welchen auch immer Probleme, welche an das Gewissen rühren, zur Entscheidung stehen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1951 blieb man vor allzuschweren Gewissensfragen verschont. Mit der Verwerfung des Volksbegehrens über die Besteuerung der öffentlichen Betriebe der Kantone und Gemeinden durch den Bund entschied das Volk mit 341 256 Nein gegen 165 601 Ja, daß es nicht den Fünfliber aus der einen öffentlichen Tasche in die andere stecken wolle.

Im darauffolgenden Halbjahr hatten Gewissen und weltanschauliche Bekenntnisse nachdrücklicher mitzureden. Und auch häufiger! Im März wurde man zweimal zu den Urnen gerufen: mit 290 256 gegen 247 840 Stimmen wurde dem Bedürfnisklausel-Regime im Hotelgewerbe das Ende bereitet. Es scheint, daß der Entzug der estatistischen Krücken dem Gang des Hotelwesens nicht abträglich war. Beim Landwirtschaftsgesetz, das am 31. Mai zur Entscheidung stand, mußte mit vielen sachlichen Fragen auch diejenige entschieden werden, ob zu Gunsten der Bauern ein vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit abweichendes Sonderrecht zu schaffen und damit diesem Stand eine besonders wichtige Rolle zuzusprechen sei. Im Herbst, als in den Parteien bereits die ersten Vorentscheidungen fielen, hatte die Frage der besonderen Schutzwürdigkeit einige Zeit eine Dramatisierung erlebt, war doch über einige Zeit der Erreger der Maul- und Klauenseuche dem bisher verwendeten Vakzine nicht mehr erlegen. Es gelang dann, nachdem der Stallfeind in vielen Ställen

böse Schäden angerichtet hatte, ein wieder wirk-
sames Gegengift zu schaffen. Die Diskussion um
das Landwirtschaftsgesetz setzte, während ein
schneereicher Winter, der sogar im Flachland über
Wochen fröhliches Schlitten-Seklingel hervorau-
berte, ein gutes Jahr verhieß, lebhaft ein. Und
am Abstimmungstag entschieden die Bürger mit
480 852 gegen 413 944 Stimmen, daß in diesem
Fall die Mehrheit einer Minderheit Opfer zu
bringen habe – ein gut schweizerisches Bekennt-
nis – und nahmen das Landwirtschaftsgesetz an.

Am 20. April bewiesen die Bürger, daß man
mit dem Appell an ihren Egoismus keine allzu-
schlaumeierische Politik treiben könne mit Aus-
sicht auf Erfolg; sie verworfen die kommuni-
stische Initiative auf Abschaffung der
Umsatzsteuer, weil sie erkannten, daß die
moskauhörige Minderheit es mit diesem Begeh-
ren auf die Verschüttung der Einnahmequellen
und die Zerstörung unseres Staates abgesehen
hatte, mit 550 712 gegen 128 317 wurde dieser
Anschlag zurückgewiesen. Und am 18. Mai ent-
schied das Schweizervolk mit der Verwerfung der
sozialdemokratischen Initiative auf Erhebung ei-
nes Friedensopfers mit 421 764 gegen
328 275 Stimmen, daß es einen kräftigen Griff
auf die Vermögen auf Zeiten dramatischer Not
beschränken wolle. Damit war der Weg zur Ab-
stimmung über die bundesrätliche Vorlage
zur Rüstkungsfinanzierung frei. Aber
mit 352 205 gegen 256 035 Stimmen verwarf
das Volk die Vorlage, nachdem ihm zugerufen
worden war, der Bund habe und bekomme schon
genug Geld. Nun muß er versuchen, durch Spar-
und Budgetkünste die Aufrüstung zu finanzieren.

Im gleichen Schritt und Tritt

Der Bundesrat hatte angeordnet, im Jahre
1952 sei den Wehrmännern wieder Taschen-
munition abzugeben. Falls auch in Europa
wieder scharf geschossen werden sollte, möchte
man gerüstet sein. Nicht daß die Kriegsgefahr
unausweichlicher drohe als etwa letztes Jahr.
Aber es scheint unausweichlich zu sein, daß das
Gleichgewicht zwischen Ost und West, um das so
hart gerungen wird, eines der schwersten Rü-
stungsgewichte werden wird, wenn es überhaupt glückt,
dieses Gleichgewicht herzustellen. Das zwingt auch uns
zu neuer Aufrüstung. Und die Soldaten haben be-
reits zum erstenmal den Vollzug der neuen Truppenord-
nung erlebt. Man hat – bis zum 60. Altersjahr – die
älteren Jahrgänge in die neue Ordnung eingegliedert.
Manch einer traf unter ihr nicht mehr mit den alten Ka-
meraden zusammen, fand sich aber bald mit neuen im
gleichen Schritt und Tritt und lernte auch neue Waffen
kennen.

So hat man Sorgen um die Abwehr neuer Kriegs-
gefahr, bevor es überhaupt feststeht, was uns der zweite
tatsächlich gekostet hat. Vor der Eröffnung einer Kon-
ferenz für die Regelung der Auslandschulden
Deutschlands im Frühjahr wurde bekannt, daß die
Alliierten in ihrem Plan die während des Krieges auf-



Glarus 600 Jahre im Bund der Eidgenossen

Glarus eröffnete seine große Jubelfeier mit dem Jugendtag. 5300 Schu-
lkinder aus dem ganzen Kanton formierten einen prächtigen kostümierten
Zug durch die Straßen des Hauptortes. Unsere Aufnahme zeigt die
Gruppe «Wichtelmännchen» aus der Märchenwelt. (Photopreß)

gelaufenen Forderungen neutraler Mächte an Deutsch-
land nicht einbezogen. Minister Stucki, der Chef der
schweizerischen Delegation, protestierte so energisch da-
gegen, wie es erforderlich war angesichts der Tatsache,
daß das schweizerische Guthaben auf der Verrechnungs-
kasse mit Berlin bei der Kapitulation Deutschlands im
Jahre 1945 auf 1,19 Milliarden aufgelaufen war. Wie
viel davon ins Kamin geschrieben werden muß, war beim
Abschluß der Chronik noch nicht ausgemacht.

Kurs gegen Widerstände

Es gehört zum Bild des Wetttrübens, daß England
und Amerika begonnen haben, einen Druck auf Bern
auszuüben, den Export kriegswichtigen Materials
nach dem Osten einzuschränken. Aber auch die Inte-
grierung Europas, im Prinzip begrüßenswert, könnte

unsere Wirtschaft in Bedrängnis bringen. So machte Bundesrat *P e t i t p i e r r e* im November vorigen Jahres in einem in Zürich gehaltenen Vortrag einige warnende Anmerkungen zu den Zusammenschlüssen der europäischen Wirtschaft – auch einen europäischen Landwirtschaftsplan gibt es ja bereits –, die gerade für die Zukunft Geltung behalten dürften. Es sei, sagte er, nicht zu übersehen, daß etwa der Schumanplan, die Union der westeuropäischen Kohlen- und Stahlindustrie, eine Praxis der Vorzugszölle, der doppelten Preise und der unterschiedlichen Zuteilung an Mitglieder und Nichtmitglieder zum Nachteil der letzteren einführen könnte und zu einem europäischen Überplan würde. Es ist nicht immer leicht, den eidgenössischen Kurs der Außenpolitik der Neutralität und Solidarität zu steuern. Daß er von kommunistischer Seite am schärfsten angefochten wird, verwundet nicht.

Im Dezember mußte das Bundesstrafgericht *P i e r r e N i c o l e* zu 15 Monaten Gefängnis verurteilen, weil er in ausländischen Zeitungen des volksdemokratischen Ostens den Eindruck erweckte, die Schweiz habe durch ihre Zusammenarbeit mit den Organen der Marshallplanhilfe ihre Neutralität preisgegeben. Wenige Monate später wurde, was schon verwunderlicher war, der Vater des Verleumders, *L é o n N i c o l e*, von einer gerade erfolgreich um die Herrschaft über die schweizerische Moskowiter-Partei ringenden Clique aus der Führung der Partei der Arbeit und der Redaktion seines Kommunistenblattes hinausbugliert unter Begründung, die schweizerische Neutralität als verloren zu betrachten bevor sie verloren sei, die Führer der gleichen Partei, die 1945 als einzige die Aufgabe der Neutralität gefordert hatte!

Nun, die *N e u t r a l i s i e r u n g* – nicht die Neutralität – war zu jener Zeit gerade als Köder Moskaus im Schwange und Westdeutschland – übrigens auch nordischen Staaten – vom Krenl angepriesen worden, der hoffte, damit die Neigung zum Zusammenschluß im Westen zu dämpfen. Der alternde *N i c o l e* war offenbar nicht mehr wendig genug, den Rank in die neue Schlaufe der kommunistischen Generallinie zu finden. Er bat die Genfer Regierung, der er einmal angehört hatte, um eine Pension, ein Almosen also, erhielt es und sorgte damit dafür, daß im Bilbe der eidgenössischen Politik auch die kurose Note nicht fehlt.

Um Kilowattstunden und Gemütswerte

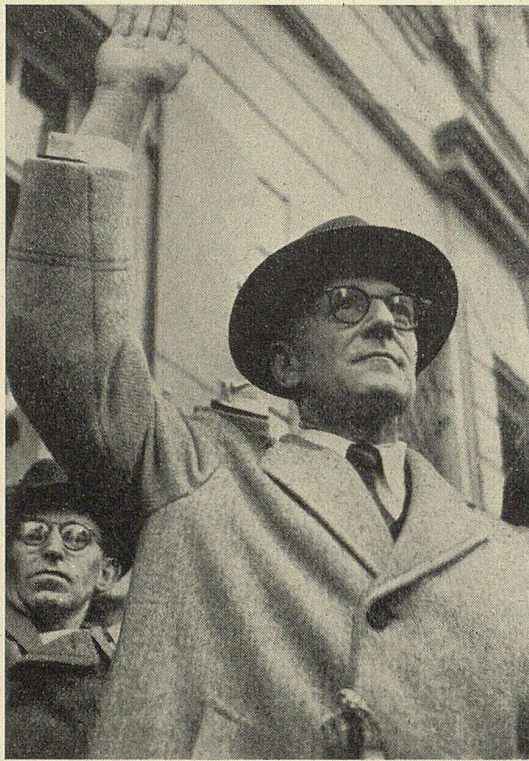
Jede Zeit zeigt Neigungen zu Vergögen. Unsere steht in Gefahr, der mechanischen Pferdekraft und dem Verkehr Gemütswerte zu opfern. Deshalb horchte man auf, als, nachdem der Bundesrat am zweiten Weihnachtstag hatte wissen lassen, daß er dem Bau des Kraftwerkes *R h e i n a u* unwiderruflich zugestimmt habe, ein Hagel von Protesten einsetzte. Der Elektrizität und dem Rheinschiffahrtsverkehr, warf man ihm vor, wolle er eine der schönsten Flusslandschaften im Bereich der zerstäubenden Wasser des Rheinfalles opfern.

Das Schaffhauser Volk wurde stoßig wie sein Bock im Wappenschild. Es kam zu Kundgebungen, die den Bundesrat zwangen, mit den Konzessionären neuerdings zu verhandeln. Vergeblich, diese verzichteten nicht auf ihr Projekt. Am 20. April stimmte das Schaffhauser Volk mit Zweidrittelmehrheit der Initiative *S t e m m l e r* auf ein Stauverbot vom Rheinfall bis zur schaffhauserischen Grenze zu und bekräftigte einen Beschluß des Großen Rates, der die Regierung beauftragt hatte, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß die für das Kraftwerk erteilte Konzession rückgängig gemacht werde. Da Bundesrecht vor kantonalem Recht geht, war klar, daß nur ein Entgegenkommen der Konzessionäre eine Lösung des Konfliktes bringen konnte.

Doch diese haben, durch die Befürworter einer Rheinschiffahrt bis zum Bodensee in der Ostschweiz gestützt, nicht beigegeben. Der Bundesrat sah sich deshalb, rechtlich gebunden, gezwungen, in den Bau des Werkes zu willigen. Eleganter ging

es mit den Bestrebungen zum Ausbau der *I n n - S p ö l - W a s s e r k r ä f t e*, einigten sich unter Assistentz des Kleinen Rates von Graubünden und des Eidgenössischen Amtes für Wasserrwirtschaft die beiden Interessengruppen doch darauf, ein Einheitsprojekt ausarbeiten zu lassen, das auf das Bild des Nationalparkes gebührend Rücksicht nehmen soll.

In der um die *R h e i n a u* laut gewordenen Reaktion auf einen technischen Fortschritt blind verschworenen Glauben wirkt vielleicht eine Nachdenklichkeit, welche man auch anderswo beobachtet, gegenüber dem *S e r n s e h e n* etwa. Nachdem wir uns das Fernhören, das Radio gemöhnt und, um ein Modewort zu gebrauchen, unsern Alltag integriert haben, bedrängt uns nun das Fernsehen. Die Basler durften als erste eine Periode von



Der Minister als Landsgemeinde-Stimmbürger

Unter den 9000 Mannen, die an der Landsgemeinde 1952 von Appenzell-Außerrhoden teilnahmen, bemerkte man auch den sich in der Heimat aufhaltenden schweizerischen Gesandten in Kanada, *Minister Dr. Victor Nef*, der es sich als Bürger von Herisau nicht hatte nehmen lassen, seiner Bürgerpflicht zu genügen.

(Photopreß)

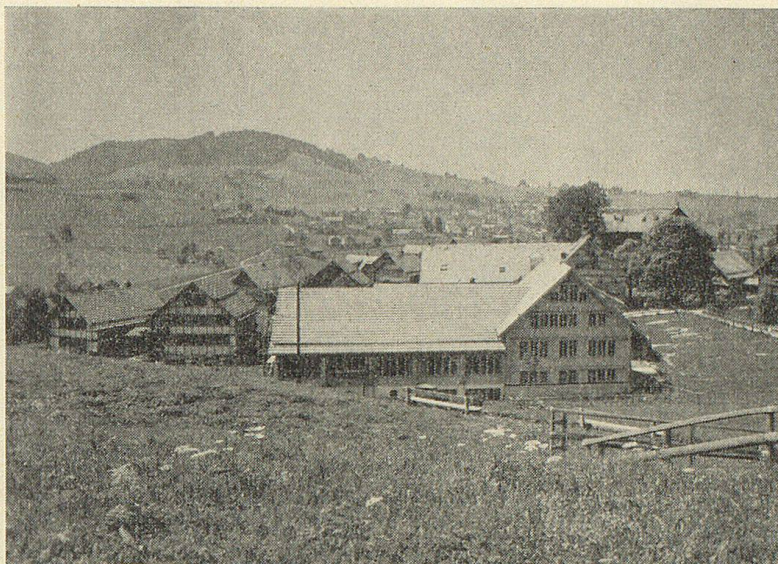
Probefendungen verfolgen, doch schon erhebt sich auch auf dem Uetliberg eine Sendeanenne des neuen Wunderkindes der Technik. Die Basler blieben mäßig neugierig. Und man preist nicht nur das Neue um seiner selbst willen, sondern prüft auch die Fernsehschatten gründlich. Man möchte nicht vor lauter Fernhören und Fernsehen überhören und übersehen, was in nächster Nähe passiert; man möchte nicht noch weniger Zeit finden, in sich selber zu hören und auf sich selber zu sehen, womit alle guten Sitten und jede Kultur nämlich ihren Anfang nehmen. Glücklicherweise ist das Gefühl dafür noch nicht verloren gegangen.

Die Landsgemeinde von Appenzell A. Rh. in Trogen – auch diesmal wenig vom Wetter begünstigt – bestätigte in ehrenvoller Weise die sechs im Amte bleibenden Regierungsräte. Für den zurückgetretenen Regierungsrat P. Glich wurde Kantonsrat Hermann Keller in Heiden gewählt, während der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei, Gewerkschaftssekretär Rob. Gsell, Trogen, nicht die nötige Stimmenzahl erhielt, obwohl die Freisinnig-demokratische Partei keinen Anspruch auf den freigewordenen Sitz gemacht hatte. Die Mehrheit der Stimmbürger wollte offenbar einen Vertreter des Vorderlandes in der Behörde haben. Für das Landammannamt wurde außer dem bisherigen Inhaber Adolf Bodmer kein anderer vorgeschlagen, sodaß derselbe einstimmig und ehrenvoll wiedergewählt wurde. Das Obergericht hatte durch den Tod Obergerichter Knöpfel verloren, Obergerichter Moesle hatte seinen Rücktritt erklärt. Die verbleibenden 9 Mitglieder wurden bestätigt, die freigewordenen Sitze mit Ernst Bieri, Herisau, und Hans Rechsteiner, Teufen, besetzt. Von den Sachfragen wurden das Gesetz betr. die Arbeitslosenversicherung und die Partialrevision des Gesetzes über die Beteiligung des Staates an den Lehrerbeförderungen angenommen, dagegen wurde das sozialdemokratische Volksbegehren auf Abänderung des Gesetzes über die direkten Steuern verworfen und der Gegenentwurf des Kantonsrates mit großem Mehr angenommen.

Die Innerrhoder Landsgemeinde bestätigte die bisherigen Mitglieder der Ständekommission und des Kantonsgerichtes. An Stelle des verstorbenen Armleutsäckelmeisters Bächler wurde B. Dörig, Appenzell, gewählt. In ehrenvollen Worten gedachte der Landammann der Tätigkeit des Landsschreibers Rechsteiner, der vor 25 Jahren durch das Volk auf seinen Posten gewählt wurde. Das Gesetz über die Erhebung einer Kurtaxe im Kanton wurde einstimmig angenommen.

Totentafel

Seit der letzten Schau ist wiederum eine große Schar namhafter Eidgenossen aus ihrem irdischen Wirkungsfeld abberufen worden, auf dem sie sich nicht nur um



Das neue Gemeinschaftshaus im Kinderdorf Pestalozzi, Trogen

das anfangs März 1952 in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus aller Welt eingeweiht wurde. Das Haus konnte dank einer Spende kanadischer Kinderdorf-freunde, des Kt. Zürich und der Firma Nestlé gebaut werden. Es ist das Zentrum für gemeinschaftliche, kulturelle und gesellige Veranstaltungen im Kinderdorf.

ihre Heimat verdient gemacht haben, sondern auch im Ausland für den guten Schweizeramen Ehre einlegten. Im hohen Alter von 88 Jahren starb alt Bundesrat Calonder. Der Bündner, der schon mit 28 Jahren dem Großen Rat seines Heimatkantons angehörte und sich für die Erhaltung und Anerkennung seiner romanischen Muttersprache einsetzte, wurde 1900 in den Ständerat und 1913 in den Bundesrat gewählt, den er 1918 präsidierte. Er machte sich verdient um den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. Nach seinem Rücktritt aus dem Bundesrat 1920 wurde er Präsident der internationalen Kommission zum Schutze der nationalen Minderheiten im deutsch-polnischen Grenzgebiet, was ihn während 15 Jahren in Katowitz von der Heimat fern hielt. Im Auslande setzte er sich für das Verständnis der bewaffneten schweizerischen Neutralität ein. – Der 1876 geborene Freiburger Jean Musy, der seit 1914 dem Nationalrat angehörte, trat nach seiner Wahl zum Bundesrat, 1919, ein böses Finanzerbe an; es gelang ihm bis 1928 das finanzielle Gleichgewicht wieder herzustellen und die Schuldenlast des Bundes von 1½ Milliarden auf 300 Millionen zu reduzieren, was bekanntlich nicht ohne außerordentliche Krisensteuern und indirekte Abgaben ging. 1934 trat er als Bundesrat zurück, und eine größere politische Rolle zu spielen war ihm fortan nicht mehr gegönnt. Leider ließ er sich in einer gewissen Verbitterung dazu hinreißen, in „Bünden“ und deutschfreundlichen Gesellschaften mitzumachen; immerhin sei lobend anerkannt, daß er sich mit Erfolg bemühte, Juden und andere Häftlinge aus den deutschen Konzentrationslagern zu befreien. – Stark im Vordergrund bei einer Bundesratswahl stand seiner Zeit der Zürcher Dr. Oskar Wettstein. Der überzeugte Demokrat und gewandte Journalist hat auch im Aufstieg durch die öffentlichen

Ämter: Stadtrat von Zürich, Kantonsrat, Regierungsrat, Ständerat, die Anliegen der Presse nie aus den Augen verloren und eine gründliche Schulung der angehenden Journalisten verlangt. Deshalb führte er das Fach der Zeitungswissenschaft, verbunden mit einem journalistischen Seminar an der Universität Zürich ein. Seine eingehenden wirtschaftlichen und politischen Kenntnisse legte er auch in einem staatsbürgerlichen Leitfaden „Die Schweiz“ nieder. – Ein Magistrat von edler Prägung war der Thurgauer Dr. Paul Altwegg. Als Vertrauensmann der Jungfreisinnigen kam er 1919 in den Regierungsrat, wo er sich als Justizdirektor um die Einführung des bedingten Straferlasses und um das Jugendstrafrecht verdient machte, wie seit 1935 als Ständerat um die Einführung der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung. Im Militär bekleidete er den Rang eines Obersten der Infanterie. – Eng verbunden mit der modernen rechtsstaatlichen Entwicklung unseres Landes bleibt der Name des Berner Professors Ernst Blumenstein, würdig neben dem eines Eugen Huber, W. Burkhardt und Fritz Kleiner genannt zu werden. Obwohl körperlich behindert hat er sich mit zähem Willen die schwierige Aufgabe gestellt, die verwirrende Mannigfaltigkeit der Rechtsordnungen unseres Landes in Verwaltung, Finanz- und Steuerwesen in ein festes System zu fügen. – In schwieriger Krisenzeit stand der Rapperswiler Dr. P. K. Nageli der Stadt St. Gallen als Stadtmann vor, nachdem er anfänglich als Rechtsanwalt und Redaktor gewirkt hatte. Mit Noblesse und diplomatischem Geschick verwaltete er Bau-, Finanz- und Schulwesen, setzte sich für den Ausbau der Handelshochschule, die Eidg. Materialprüfungsanstalt St. Gallen, aber auch für die Pflege der Kunst ein. – Nicht selten sind Männer des wirtschaftlichen Lebens, die neben ihrem mehr aufs Materielle gerichteten Beruf die Förderung des geistigen Lebens sich zur Aufgabe machen. Zu ihnen gehörte Dr. h. c. Werner Reinhart, Chef der Arbeitsgemeinschaft. Gebr. Volkart in Winterthur. Als Kunstfreund und Sammler unterstützte er junge, aufstrebende Talente; am nächsten seinem Herzen aber stand die Musik, die ja in seiner Vaterstadt neben der bildenden Kunst, nicht zuletzt durch seine Verdienste, in vornehmster Weise gepflegt wird. Stand seine kulturelle und soziale Tätigkeit ganz im Zeichen eines christlich-protestantischen Verantwortungs- und Pflichtgefühls, so diejenige Dr. Roland Kleiner im Zeichen seines ebenso verpflichtenden katholischen Glaubens. Sohn des Keller- und Böcklinfreundes Redaktor Albert Kleiner und Neffe von Prof. Fritz Kleiner, Schüler der Kantonschule Trogen, hatte der begabte Jurist als Direktor der Portland AG. ein reiches rechtliches und wirtschaftliches Arbeitsgebiet und fand in der Dichtung und vor allem in der Musik Entspannung und Erholung. – Ein Selbmademann war Jean Frey, der Gründer und Seniorchef der Verlagsanstalt Jean Frey AG., der wenige Wochen nach seinem 90. Geburtstag starb. In weiten Kreisen wurde er durch seine Zeitungsunternehmungen, die „Wochenzeitung“, den „Sport“ u. a. bekannt. – Es liegt im Charakter entlagungsvoller wissenschaftlicher Arbeit, daß ihre Resultate wohl Unzähligen zugute kommen, ihre Schöpfer dagegen selten in weiteren Kreisen bekannt werden. Der

Chefarzt der thurgauisch-schaffhauserischen Heilanstalt in Davos, Dr. med. H. Stöcklin, ein edler Menschenfreund und großer Arzt, hat viel zur Entwicklung des Kurortes Davos beigetragen. Er leistete Hervorragendes in der Bekämpfung der Lungentuberkulose, sei es durch systematische, vorbeugende Maßnahmen, sei es durch Verbesserung der Heilmethoden (künstlicher Pneumothorax, Kavernenbehandlung, verfeinerte Röntgendiagnose). – Dem kranken Tiere und der Gesunderhaltung unseres Haustierbestandes galt das Lebenswerk von Prof. Oskar Bürgi, der während beinahe vier Jahrzehnten den Lehrstuhl für Anatomie und Chirurgie an der veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Zürich bekleidete. – Prof. Dr. Albert Bolzart war ein eifriger Förderer der schweizerischen Landwirtschaft, als Sachmann für Pflanzenbau und Pflanzenpathologie auch im Ausland bekannt. Mit seiner Lehrtätigkeit an der ETH verband er die Leitung der schweizerischen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Derikon. – Dem Studium der romanischen Sprachen, die er bis in die ältesten, vorromanischen Schichten verfolgte, widmete sich der Zürcher Professor Jakob Judin strenger, wissenschaftlicher Selbstzucht, die sich besonders in seiner Arbeit am Sprachatlas Italiens und der Südschweiz offenbart, ein großangelegtes Werk, das die engen Beziehungen sprachlicher Erscheinungen zum geographischen Raum und zu den verschiedenen Kulturkreisen sichtbar macht. Die Verdienste Judins um die rätoromanische Sprache und Kultur trugen ihm das Ehrenbürgerrecht von Schuls ein. – Einer der beliebtesten und meistgelesenen Dichter des deutschen Sprachgebietes und durch Übersetzungen weit darüber hinaus bekannt, war der kurz nach seinem 85. Geburtstag verstorbene Ernst Jahn. Seine praktische Tätigkeit als Bahnhofswirt von Böschenen und in öffentlichen Ämtern – er war schon mit 20 Jahren Gemeinderat von Böschenen, später Gemeindepräsident, Mitglied und Präsident des Landrates, Kriminal- und Oberrichter – verschaffte ihm eine ausgezeichnete Menschenkenntnis, die seiner erstaunlich fruchtbaren Produktivität als Romanschriftsteller zugute kam. Keiner hat wohl den herben, verschlossenen Volksschlag der Urner Bergler so gut erfaßt wie er. – Auf einer Konzertreise in den USA starb der berühmte Geiger Adolf Busch. Der Westfale hatte in Basel seine zweite Heimat gefunden; so gehörte er dem schweizerischen Musikleben als einer seiner bedeutendsten Vertreter an. In welchem Musikfreunde hat nicht das „Buschquartett“ unvergessliche Eindrücke hinterlassen? Denn Busch war nicht nur Virtuose, sondern echter und tiefer Deuter. – Nicht vergessen seien diejenigen, die als stille Wohltäter auf gemeinnützigem Gebiete segensreich wirkten. Der Appenzeller Reinhard Hohl, Euser versuchte als einer der ersten, die kommende Krise einer einseitigen Textilindustrie zum voraus ahnend, seinen Betrieb umzustellen, leistete als Oberrichter wertvolle Dienste und stellte sich der Gemeinnützigkeit, besonders der Stiftung für das Alter voll und ganz zur Verfügung. – Ein reiches gemeinnütziges Tätigkeitsgebiet verließ Frau Amélie Henriette Mercier Jenny in Glarus. Außer dem Präsidium des Schweiz. Gemeinnützigigen Frauenvereins lag ihr auch die Leitung der Aktion für die Bergbevölke-



1. Alt Bundesrat Dr. Felix Calonder, Zürich-Trins. 2. Prof. Dr. Albert Volkart, Zürich. 3. Prof. Dr. Jakob Jud, Zürich. 4. Prof. Dr. Ernst Blumenstein, Bern. 5. Alt Stadtmann Dr. Conrad Nägeli, St. Gallen. 6. Alt Ständerat Dr. Paul Altwegg, Frauenfeld. 7. Alt Ständerat Dr. Oskar Wettstein, Zürich. 8. Ernst Zahn, Zürich. 9. Adolf Busch, Komponist, Riehen. 10. Dr. h. c. Werner Reinhart, Winterthur. 11. Amélie Mercier-Jenny, Glarus. 12. Carl Egloff, Gais, Ehrenmitglied des SAC.

rung ob und war sie Mitglied des Zentralkomitees der FHD. – Einer der besten Kenner des Alpsteingebirges und ausgezeichneten Berggänger, Carl Egloff gab in seinem 1904 erstmals erschienenen „Gäntisführer“ dem Bergwanderer einen vortrefflichen Gefährten auf den Weg.

Die Liste derer, die nach einem wohlauisgefüllten Leben voll treuer, von hohem Verantwortungsbewusstsein getragener Arbeit zur Ewigkeit eingegangen sind, ließe

sich leicht vermehren; es sind nicht immer solche, die im Lichte der Öffentlichkeit standen. Viele sind im Kleinen treu gewesen; kaum daß eine bescheidene Zeitungsnotiz oder eine schlichte Grabrede über den engeren Kreis der Angehörigen, Freunde und Bekannten hinausgedrungen ist, in deren Herzen aber ein liebendes Gedenken umso treuer bewahrt wird. Aller dieser „unbekannten Soldaten“ auf dem Kampffeld des Lebens sei auch hier ehrend gedacht.